

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ausschussmitglied Ursula Aljets
Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Ausschussmitglied Siegfried Neumann
Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser
1. Bürgermeister Fritz Langen
Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech (*ab 14:30h*)
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter
Ausschussmitglied Heinz Weerda

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman:

Ausschussmitglied Joachim Tjaden (*ab 14:50h*)

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl

Mitglied "Die Linke":

Ratsmitglied Johann Janssen

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von der Verwaltung:

Pressesprecher Arnold Preuß (13)
Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Udo Weiß (14)
Insa Rogel (13)
Fachbereichsleiter Finanzwirtschaft Jörg Valnion (20)
Fachbereichsleiterin Amt für Bürgerangelegenheiten Traute von der Kammer (32)
Fachbereichsleiter Stadtplanungsamt Michael Witt (61)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.06.2010	
4	Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus mit den Betriebsausschüssen der Eigenbetriebe WEB und SGW vom 14.06.2010	
5	<u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u>	
5.1	Bezuschussung von zusätzlichen Fahrtenpaaren der Linie 8	187/2010
6	<u>Vorlagen an den Rat:</u>	
6.1	Jahresabschluss 2009 der WEB und Entlastung der Betriebsleitung	182/2010
6.2	Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe - / Brune Mettcker GmbH	183/2010
6.3	Annahme einer Zuwendung gem. § 83 Abs. 4 NGO Eintrittskarten Zirkus	174/2010
6.4	Nachtragswirtschaftsplan GGS 2010	196/2010
6.5	Erlass einer Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§135a - 135 c Baugesetzbuch (BauGB)	186/2010
6.6	SPD-Fraktion: Hafentorbrücke - Planung und Finanzierung	523/2010
7	<u>Mitteilungen und Anfragen:</u>	
7.1	Haushaltsentwicklung (Haushalt 2011 sowie mittelfristige Finanzplanung bis 2014)	
7.2	Industrie in Wilhelmshaven	
7.3	Budgetberichte - II. Quartal 2010	
7.4	<u>Produktberichte - II. Quartal 2010:</u>	
7.4.1	Teilhaushalt 03 - Referat 03 (wesentliche Produkte)	
7.4.2	Teilhaushalt 13 - Kommunikation und Koordination (wesentliche Produkte)	
7.4.3	Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt (wesentliche Produkte)	
7.4.4	Teilhaushalt 30 - Rechtsamt (wesentliche Produkte)	
7.4.5	Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten, Öffentl. Sicherheit und Ordnung (wesentliche Produkte)	
7.4.6	Teilhaushalt 20 - Finanzwirtschaft (wesentliche Produkte)	
7.5	Ergänzungsvertrag mit QingDao	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 6.2 der öffentlichen Sitzung, sowie die Tagesordnungspunkte 3.1 und 3.2 der nichtöffentlichen Sitzung wurden seitens der Verwaltung auf die Sitzung des FWM am 04.10.2010 vertagt.

Im Übrigen wurde die Tagesordnung wie vorgetragen festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.06.2010

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.06.2010 wurde einstimmig genehmigt.

- 4 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus mit den Betriebsausschüssen der Eigenbetriebe WEB und SGW vom 14.06.2010

Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus mit den Betriebsausschüssen der Eigenbetriebe Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe sowie Straße und Grün in Wilhelmshaven vom 14.06.2010 wurde einstimmig genehmigt.

- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:

- 5.1 Bezuschussung von zusätzlichen Fahrtenpaaren der Linie 8 **187/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven als ÖPNV-Aufgabenträger bezuschusst die Einrichtung von zusätzlichen Fahrtenpaaren der Linie 8 im Zuge der Sperrung der KW-Brücke in den Jahren 2010 – 2012 aus ÖPNV-Regionalisierungsmitteln. Der Zuschuss für die Saison 2010/2011 beträgt 69.583,20 EUR.

- 6 Vorlagen an den Rat:

- 6.1 Jahresabschluss 2009 der WEB und Entlastung der Betriebsleitung **182/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman signalisierte Zustimmung für seine Fraktion, jedoch nur mit Bedenken. Seiner Ansicht nach solle ein erwirtschafteter Überschuss grds. dem Betrieb zu Gute kommen und nicht an die Kernverwaltung abgeführt werden.

Herr Prof. Reuter widersprach Herrn Dr. von Teichman und nannte es einen völlig normalen Vorgang, dass hingegebenes Kapital angemessen verzinst werde. **Stadtkämmerer Hoff** fügte hinzu, es handele sich um einen üblichen Ertragszins für langfristige Geldanlagen.

Herr Neumann begrüßte die aus seiner Sicht bestehende Meinungsänderung hinsichtlich von Eigenkapitalverzinsungen bei der CDU-Fraktion und bei der FDP-Fraktion.

Herr Prof. Reuter widersprach, die CDU-Fraktion vertrete seit jeher die Grundauffassung einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung. **Herr Dr. von Teichman** bekräftigte, aus Sicht der FDP-Fraktion solle es bei einem einmaligen Vorgang bleiben, welcher lediglich der derzeitigen Haushaltslage geschuldet sei.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

- 1.) Der Jahresabschluss der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe zum 31.12.2009 wird gemäß Abschlussprüfung der Beratungs- und Prüfungsgesellschaft BPG mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von 2.751.090,20 € festgestellt. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
- 2.) Von dem Jahresgewinn werden zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung und zur Finanzierung von Investitionen 661.090,20 € in die allgemeine Rücklage eingestellt sowie 2.090.000,00 € zur Verzinsung des Eigenkapitals ausgeschüttet.
- 3.) Gemäß § 30 Eigenbetriebsverordnung Nds. wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

6.2 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende 183/2010
Besuchsdienst Altenhilfe - / Brune Mettcker GmbH

-Vertagt auf die öffentliche Sitzung des FWM am 04.10.2010-

Beschluss: -vertagt-

6.3 Annahme einer Zuwendung gem. § 83 Abs. 4 NGO Eintrittskarten 174/2010
Zirkus

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Auf die Fragen von **Frau Gastmann** sowie von **Herrn Dr. von Teichman**, ob die gespendeten Eintrittskarten auch bei den bedürftigen Familien angekommen seien, entgegnete **Oberbürgermeister Menzel**, die ordnungsgemäße Verteilung wurde vom städtischen Jugendamt organisiert und durchgeführt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der Annahme einer Sachspende im Gegenwert von 11.800 € zu. Zuwendungsgeber ist der Zirkus Krone (Zirkus-Krone-Straße 1-6, 80335 München). Die Spende erfolgte in Form von 800 Freikarten für das Gastspiel des Zirkus Krone in Wilhelmshaven im Juli 2010.

6.4 Nachtragswirtschaftsplan GGS 2010

196/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman kündigte für seine Fraktion Zustimmung an, jedoch nur zur Vorsicht für den Fall, dass die vorgesehene Zusammenlegung der beiden städtischen Gymnasien im Rahmen eines „PPP-Projekts“ (*public-private-partnership*) im Rat der Stadt endgültig scheitere. Für diesen Fall gelte es, die vorgesehene Investition aus dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes GGS (*Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven*) zu sichern.

Herr Prof. Reuter erläuterte, seine Fraktion plädiere nach wie vor für die Durchführung eines Wirtschaftlichkeitsvergleichs zwischen PPP-Projekt und Eigenerledigung durch GGS. Man werde sich daher zunächst der Abstimmung enthalten.

Herr Biehl ergänzte, der Rat würde niemals erfahren, ob die Zusammenlegung der beiden städtischen Gymnasien wirtschaftlicher im Rahmen eines PPP-Projekts hätte erfolgen können, sofern der Beschluss des Rates zur grundsätzlichen Ablehnung von PPP-Projekten nicht noch zurückgenommen werde.

Stadtkämmerer Hoff stellte klar, die vorliegende Beschlussfassung über einen Nachtragswirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes GGS sei rechtliche Voraussetzung für eine Eigenerledigung der Zusammenlegung der beiden städtischen Gymnasien. Die Maßnahme werde durch den Nachtrag in das Investitionsprogramm des Eigenbetriebes aufgenommen und in Form einer Verpflichtungsermächtigung für die Vergabe von Planungsaufträgen in Höhe von 2 Mio. € im Wirtschaftsplan eingestellt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) für 2010 wird wie folgt geändert:

Für die Planung des neuen Gymnasiums wird für die Vergabe von Planungsaufträgen eine Verpflichtungsermächtigung von 2 Mio. € eingestellt.

6.5 Erlass einer Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§135 a - 135 c Baugesetzbuch (BauGB) 186/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Entwurf der Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a – 135 c Baugesetzbuch wird als Satzung beschlossen.

6.6 SPD-Fraktion: Hafentorbrücke - Planung und Finanzierung

523/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Antrag der SPD-Fraktion vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Schmidt erläuterte den Antrag seiner Fraktion und teilte mit, der Antrag sei vorab im Ausschuss für Planen und Bauen (APB) ausführlich diskutiert worden. Er bat den Ausschuss um Zustimmung.

Stadtbaurat Kottek verdeutlichte, ein Ratsbeschluss zum Bau der sog. „Hafentorbrücke“ bestehe bereits seit 1974. Diese sei auch so in den entsprechenden Bebauungsplänen eingeplant. Insbesondere sei die Brücke notwendig für die vorgesehene Wiedereröffnung der 3. Einfahrt. Die Planung für das eigentliche Brückenbauwerk läge ebenfalls längst vor. Nun ginge es jedoch um eine Gesamtplanung für die Brücke einschließlich der notwendigen Rampen, der Straßenanbindung etc.

Herr Prof. Reuter kündigte für seine Fraktion an, sich zunächst der Stimme zu enthalten, um den Antrag vor der entscheidenden Ratssitzung noch einmal fraktionsintern zu beraten. Bedenken bestünden vor allem vor dem Umstand, dass das Land und nicht die Stadt Eigentümer der Flächen auf der Schleuseninsel sei. Hier könnten folglich weitere Kosten für einen Grundstücksankauf entstehen, um die Flächen überhaupt nutzen zu können.

Herr Dr. von Teichman kündigte für seine Fraktion an, den Antrag abzulehnen, da ihm die Realisierung des Brückenbauwerks mit einem Investitionsvolumen von ca. 25 Mio. € auf Grund der Haushaltslage auf absehbarer Zeit unrealistisch erscheine.

Herr Neumann stellte klar, dass es der Stadt bis auf Weiteres sicherlich nicht möglich sein werde, die Investitionskosten für den Bau der Brücke gänzlich aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Deshalb sei es unabdingbar, entsprechende Fördergelder einzuwerben. Diese könnten von der Stadt jedoch überhaupt erst beantragt werden, sobald eine vollständige Planung für das Gesamtobjekt vorläge. Genau dies sei die Zielsetzung des Antrages seiner Fraktion. **Herr Witt** ergänzte, theoretisch denkbar sei eine Förderquote von maximal 60%.

Herr Dr. von Teichman vertrat die Auffassung, zunächst müssten eine Bedarfs- sowie eine Verkehrsanalyse erfolgen. Ohne solche Analysen sei die Planung des Gesamtbauwerks „Hafentorbrücke“ unsinnig und schlecht angelegtes Geld. **Herr Biehl** mahnte in diesem Zusammenhang ein Gesamtkonzept für den Bereich Südstrand/Schleuseninsel an. Derzeit sei aus seiner Sicht völlig ungeklärt, ob der Bau der Hafentorbrücke überhaupt zur Lösung der vorherrschenden Probleme in diesem Gebiet taue.

Stadtkämmerer Hoff schätze die Höhe der Planungskosten mit ca. 200.000 € bis 300.000 €. Im Haushaltsplan 2010 sei hierfür kein Ansatz vorhanden. Die Mittel müssten für den Fall einer Beschlussfassung mittels eines Nachtragshaushaltsplans durch den Rat bereitgestellt werden. Eine hierfür notwendige Deckungsmöglichkeit bestehe jedoch nicht. Aus diesem Grund schlug er vor, das Thema „Hafentorbrücke“ bei den vom 27. bis 29.08.2010 stattfindenden Klausurtagungen für den Haushalt 2011 zu behandeln.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung wird aufgefordert,

1. das Projekt „Hafentorbrücke“ hinsichtlich der Gesamtfinanzierung unter Ausschöpfung und Unterstützung aller möglichen Fördermittel zu forcieren.
2. ein versiertes und anerkanntes Ingenieurbüro ggfs. auch in Kooperation mit anderen Büros/Unternehmen zu beauftragen, um die Planungen für das Gesamtbauwerk (Brücke, Rampen-, Straßenanbindungen) bis zur Leistungsphase 2 (Vorplanung) zu erstellen.
3. Förderanträge auf der Grundlage der erstellten Vorplanung vorzubereiten und zu stellen.

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Haushaltsentwicklung (Haushalt 2011 sowie mittelfristige Finanzplanung bis 2014)

Stadtkämmerer Hoff erläutere die Haushaltsentwicklung für den Planungszeitraum 2011 bis 2014 (siehe Anlage 1 zu Protokoll). Nach dem vorliegenden Haushaltsvoranschlag 2011 zeichne sich ein Gesamtdefizit („Prognoseverlust“) am 31.12.2014 von 107,5 Mio. € ab. Der Stadt drohe somit erstmals im Jahresabschluss 2014 eine bilanzielle Überschuldung (Aufzehrung des „Eigenkapitals“).

Im prognostizierten Fehlbedarf von 107,5 Mio. € sei außerdem der Sanierungsstau beim Hochbau (ca. 30 Mio. €) sowie bei den Straßen (ca. 70 Mio. €) noch nicht enthalten.

Herr Neumann stellte Herrn Stoffers die Frage nach den Ursachen der Verschlechterungen in den Bereichen 1. Kosten der Unterkunft, 2. Quotales System, 3. Eingliederungshilfe, 4. Kinderbetreuung.

Erster Stadtrat Stoffers beantwortete die Fragen wie folgt:

1. Kosten der Unterkunft: Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sei leicht gestiegen.
2. Quotales System: Die Aufwendungen im Bereich des örtlichen Trägers sowie des überörtlichen Trägers seien jährlich schwankend. Bisher habe das Land Niedersachsen 72% der Aufwendungen erstattet, künftig nur noch 69%.
3. Eingliederungshilfe: Der Mehraufwand folge dem bundesweiten Trend in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.
4. Kinderbetreuung: Ausbau der Krippenplätze sowie gestiegene Personalkosten für die Träger der Kinderbetreuung (tarifliche Steigerung).

7.2 Industrie in Wilhelmshaven

Oberbürgermeister Menzel teile mit, die kürzlich erfolgte Absage der vorgesehenen Investitionen durch ConocoPhillips (*Kapazitätsausweitung Raffinerie, Neubau Hydrocracker*) habe er zum Anlass genommen, am 30. Juli 2010 eine Pressekonferenz zum Thema „Industriestandort Wilhelmshaven – Umdenken erforderlich?“ durchzuführen. Durch die Absage von 4 Großprojekten (*INEOS, DFTG, WRG, E.ON*) sei insgesamt eine Investitionssumme von 5,0 Mrd. Euro mit insgesamt ca. 700 direkten Arbeitsplätzen verhindert worden. Weitere Aussagen zur Zukunft des Industriestandorts Wilhelmshaven seien von den genannten Unternehmen bisher leider nicht erfolgt.

Herr Menzel stellte deutlich heraus, die Stadt Wilhelmshaven werde sich auch in Zukunft um Industrieansiedlungen der Großindustrie bemühen, insbesondere könnten die nun abgesagten Vorhaben sofort weitergeführt werden, die entsprechenden Planungen lägen ja vor. Notwendig sei es jedoch auch, künftig auch eine Stärkung des Mittelstands stärker zu fokussieren.

Herr Neumann stellte die Frage, ob die Geschäftsleitung der Raffinerie die Stadtverwaltung über die beschlossene Absage der Investitionsvorhaben informiert habe. **Herr Menzel** antwortete, da er selbst zur fraglichen Zeit ortsabwesend war, wurde ein entsprechendes Telefonat vom Stadtkämmerer Hoff entgegen genommen. Dieses erfolgte unmittelbar vor Information der Presse sowie der Belegschaft der Raffinerie.

Herr Biehl bedauerte den Umstand, die Großindustrie „locke“ mit Investitionen in Milliardenhöhe und die Verwaltung wände in der Folge Millionenbeträge für die Vorplanungen auf. Wenn der Investor dann abspringe, bleibe die Verwaltung auf den bis dahin entstandenen Kosten sitzen. **Herr Tjaden** bat die Verwaltung um Prüfung von Möglichkeiten einer Kosterstattung durch den Projektauslöser für durch die Stadt geleistete Vorplanungen.

*An der weiteren Diskussion beteiligten sich die **Herren Rech, Schmidt, Dr. von Teichman, Tjaden, Neumann und Menzel**.*

7.3 Budgetberichte - II. Quartal 2010

Stadtkämmerer Hoff nahm Bezug auf die mit der Sitzungseinladung zur Verfügung gestellten Budgetberichte (*Stand der Finanzbudgets aller Teilhaushalte*) zum Stand II. Quartal 2010. Insgesamt ergebe sich zum Stand 30.06.2010 eine leichte Verbesserung im Gesamthaushalt 2010 von ca. 1,6 Mio. € im Bezug auf die Haushaltsplanung von ursprünglich -18,4 Mio. €. Das Gesamtdefizit („Prognoseverlust“) am 31.12.2010 werde folglich nun voraussichtlich bei ca. -16,8 Mio. € liegen (siehe Anlage 2 zu Protokoll).

7.4 Produktberichte - II. Quartal 2010:

Stadtkämmerer Hoff nahm Bezug auf die mit der Sitzungseinladung zur Verfügung gestellten Produktberichte (*Stand der Zielerreichung zu politischen Zielvorgaben*) zum Stand II. Quartal 2010. Er wies auf die Möglichkeit hin, einzelne sich ergebende Fragestellungen aus den Produktberichten zu erörtern.

7.4.1 Teilhaushalt 03 - Referat 03 (wesentliche Produkte)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den entsprechenden Produktbericht auf und bat um Wortmeldungen und weitere Fragestellungen.

-keine Wortbeiträge-

7.4.2 Teilhaushalt 13 - Kommunikation und Koordination (wesentliche Produkte)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den entsprechenden Produktbericht auf und bat um Wortmeldungen und weitere Fragestellungen.

-keine Wortbeiträge-

7.4.3 Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt (wesentliche Produkte)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den entsprechenden Produktbericht auf und bat um Wortmeldungen und weitere Fragestellungen.

-keine Wortbeiträge-

7.4.4 Teilhaushalt 30 - Rechtsamt (wesentliche Produkte)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den entsprechenden Produktbericht auf und bat um Wortmeldungen und weitere Fragestellungen.

-keine Wortbeiträge-

7.4.5 Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten, Öffentl. Sicherheit und Ordnung (wesentliche Produkte)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den entsprechenden Produktbericht auf und bat um Wortmeldungen und weitere Fragestellungen.

-keine Wortbeiträge-

7.4.6 Teilhaushalt 20 - Finanzwirtschaft (wesentliche Produkte)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den entsprechenden Produktbericht auf und bat um Wortmeldungen und weitere Fragestellungen.

-keine Wortbeiträge-

7.5 Ergänzungsvertrag mit Qingdao:

Oberbürgermeister Menzel berichtete von seiner Reise nach China als Mitglied der Delegation des niedersächsischen Ministerpräsidenten, Herrn David McAllister. Beim Besuch der Stadt Qingdao kam es dabei zum Abschluss eines Ergänzungsvertrages zum bereits seit 1992 bestehenden Freundschaftsvertrag zwischen der Stadt Qingdao und der Stadt Wilhelmshaven (siehe Anlage 3 zu Protokoll).

Von **Herrn Adam** sowie von **Herrn Dr. von Teichman** wurde die besondere Bedeutung solcher Auslandsreisen durch den Oberbürgermeister für einen wirtschaftlichen Aufschwung in der gesamten Region „Jade-Bay“ herausgestellt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:15 Uhr

Hoff
Stadtkämmerer

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer